

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Gaiberg

am 23. Juni 2021

Verhandelt:

Gaiberg, den 23. Juni 2021, 19:00 Uhr

Anwesend:

- | | |
|--------------------------------|---|
| 1. Vorsitzende: | Bürgermeisterin Petra Müller-Vogel |
| 2. Gemeinderäte: | Dr. Arnold, Alexia
Dr. Hennrich, Hans Jürgen
Kick, Boris
Klingmann, Gisela
Dr. Mühleisen, Martin
Müller, Uwe
Müller, Manfred
Sauerzapf, Dieter
Schuh, Eric
Volkmann, Matthias
Wallenwein, Jochen |
| 3. Schriftführerin: | Angestellte Celina Keßler |
| 4. Beamte, Angestellte: | Hauptamtsleiter Alexander Wenning |

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende fest, dass durch Schreiben vom 14. Juni 2021 ordnungsgemäß geladen worden ist. Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung wurde am 18. Juni 2021 in den Gemeinde-Nachrichten Nr. 24/2021 bekannt gemacht.

Das Kollegium ist beschlussfähig, weil 12 Mitglieder anwesend sind.

Es fehlten als beurlaubt: Gemeinderat Dr. Maximilian Haider

nicht beurlaubt, oder aus anderen Gründen: -/-

zu Urkundspersonen wurden ernannt: Gemeinderätin Dr. Arnold
Gemeinderat Wallenwein

**Öffentliche Gemeinderatssitzung am Mittwoch, den 23. Juni 2021
um 19.00 Uhr im “BürgerForum Altes Schulhaus”**

T a g e s o r d n u n g

1. Kenntnisnahme des Protokolls der öffentlichen Gemeinderatssitzung Nr. 5/2021 vom 19. Mai 2021
2. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 19. Mai 2021
3. Bürgerfragestunde
4. Ausbau Schulnetz Kirchwaldschule
5. Vorstellung der Kriminalstatistik Herr Mackert Polizeirevier Neckargemünd
6. Bundestagswahl 2021
 - 6.1 Bildung eines Wahlbezirkes
 - 6.2 Bestimmung des Wahlraumes
 - 6.3. Bestimmung des Wahlvorstandes
 - 6.4. Bildung und Berufung des Briefwahlvorstandes
7. Bildung eines Ausschusses zum Radwegausbau Bammental-Gaiberg
8. Mögliche Neupflanzung von zwei Bäumen in den Krautäckern
9. Bauantrag auf Errichtung eines Einfamilienhauses auf dem Flst. Nr. 701, Bammentaler Str. 45
10. Satzung der Bücherei Gaiberg
11. Bekanntgaben der Verwaltung
12. Fragen und Anträge der Gemeinderäte
13. Verschiedenes

Vor Einstieg in die Tagesordnung gratuliert die Vorsitzende Gemeinderat Volkmann nachträglich zum Geburtstag und überreicht ihm ein Präsent.

1. Kenntnisnahme des Protokolls der öffentlichen Gemeinderatssitzung Nr. 5/2021 vom 19. Mai 2021

Beschluss

Das Protokoll der öffentlichen Gemeinderatssitzung Nr. 5/2021 vom 19. Mai 2021 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

2. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 19. Mai 2021

Der Gemeinderat hat den Kauf eines landwirtschaftlichen Grundstückes beschlossen.

3. Bürgerfragestunde

Kein Bedarf.

4. Ausbau Schulnetz Kirchwaldschule

Mit dem DigitalPakt Schule wollen der Bund und die Länder die Leistungsfähigkeit der digitalen Bildungsinfrastruktur an Schulen stärken und so die Grundlagen zum Erwerb von digitalen Kompetenzen an Schulen nachhaltig verbessern. Insgesamt fünf Milliarden Euro stellt der Bund dafür in den kommenden Jahren zur Verfügung, von denen etwa 650 Millionen Euro nach Baden-Württemberg fließen. Das konkrete Budget je Schulträger ergibt sich aus der Anzahl der Schülerinnen und Schüler der öffentlichen und privaten allgemeinbildenden und beruflichen Schulen gemäß der amtlichen Schulstatistik des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg. Für die Gemeinde Gaiberg als Schulträger der Grundschule ergibt sich demnach eine Fördersumme in Höhe von 24.900 EUR. Zu der o.g. Fördersumme ist vom Schulträger ein Eigenanteil an den förderfähigen Kosten von mindestens 20 % zu erbringen. Der Eigenanteil der Gemeinde Gaiberg beträgt demnach mindestens 4.580 EUR. Für mobile Endgeräte sind maximal 20% der Fördergelder entsprechend förderfähig, der Großteil soll in den Ausbau der Infrastruktur fließen. Außerdem kann aus der Zusatz-Verwaltungsvereinbarung „Administration“ für Ausgaben für Personalkosten oder die Beauftragung externer IT-Administrationsdienstleister eine zusätzliche Förderung in Höhe von 3.529,00 Euro beantragt werden. Schöpft ein Schulträger sein Budget bis zum 30. April 2022 nicht aus, fließen die nicht abgerufenen Mittel in den Gesamtfördertopf zurück und werden dann neu vergeben. Es empfiehlt sich daher die zur Verfügung stehenden Mittel auch abzurufen. In Anbetracht der Tatsache, dass tausende Schulen bundesweit nun die besagten Mittel abrufen werden und es immer schwieriger werden wird, geeignete Fachfirmen für die Umsetzung zu gewinnen, sollte eine zeitnahe Durchführung der geplanten Maßnahmen erfolgen. Zu den Antragsvoraussetzungen zählt u.a. eine Bestätigung des Trägers, dass der IT-Support gesichert ist, sowie die Vorlage eines Medienentwicklungsplans, der eine Bestandsaufnahme der bestehenden und

benötigten Ausstattung, ein technisch-pädagogisches Einsatzkonzept und eine bedarfsgerechte Fortbildungsplanung für die Lehrkräfte enthält. Ein entsprechender Medienentwicklungsplan wird gerade mit der Schulleitung und dem Landesmedienzentrum erarbeitet, sobald der Plan fertiggestellt ist und in dem dafür vorgesehenen Online-Portal hinterlegt ist, können die Fördermittel abgerufen werden. Im Rahmen des Förderprogrammes hat die Verwaltung insgesamt drei Angebote eingeholt. Herr Kathöfer vom Medienzentrum Heidelberg hat die Prüfung der Angebote übernommen. Aus Sicht des Medienentwicklungszentrums ist mit der Firma The Cloud Networks Germany GmbH aus München bereits konstruktiv und effizient zusammengearbeitet worden. Eben jene Firma hat auch umfassende Erfahrungen im Bereich des Digitalpaktes und baut derzeit bereits einige Schulen entsprechend um. Neben der Schaffung der erforderlichen Infrastruktur bietet die Firma The Cloud Networks Germany GmbH im Rahmen ihrer Leistungen Wartung und Service für alle Komponenten vollumfänglich an. Dies beinhaltet unter anderem (nicht abschließend):

- Vorkonfiguration, Einrichtung und Anschluss des WiFi-Routers und der Access-Points und Switches durch autorisierten Techniker vor Ort
- Freistellung des Schulträgers von Haftungsrisiken (inkl. Gesetzlich vorgeschriebener Nutzerdatenerfassung)
- Jugendschutzfilter
- 365 Tage im Jahr, rund um die Uhr Service
- Onsite Service durch Techniker bei Hardwaretausch
- regelmäßige Softwareupdates uvm.

In einer gemeinsamen Videokonferenz wurden die einzelnen Angebote besprochen.

Schulleiterin Frau Lehmayr steht in der Sitzung für Fragen zur Verfügung. Ebenso steht Herr Rutter von der Firma The Cloud Networks GmbH für Fachfragen zur Verfügung. Er stellt die Firma zum Einstieg kurz vor.

Dr. Arnold bemerkt, dass es keine zwei Angebote mit dem selben Umfang zum Vergleich gebe. Sie finde es wichtig, einen Fullservice bzw. eine Cloud zu haben, da die Lehrkräfte sich nicht mit der Technik auskennen würden.

Herr Rutter erklärt, dass das Angebot unterschiedliche Komponenten enthalte, wie 365 Tage Service, Jugendhilfe etc. The Cloud Networks sei eine Firma die sich nicht nur um den Anschluss kümmere, sondern auch um das WLAN und die Cloud. Die Nutzungsdauer betrage 3 Jahre, so Rutter. Die Hardware sei Eigentum der Gemeinde. Ab dem 37. Monat werde entschieden, ob der Vertrag weiterlaufe. Im Schulhaus sei zudem die Verkabelung veraltet und müsse erneuert werden.

Dr. Hennrich sagt, der Gemeinderat habe sich auch bei der Homepage für den kompletten Service der Firma Hirsch & Wölfl GmbH entschieden. Bei der Grundschule solle man ebenso verfahren.

Gemeinderat Kick fragt, wie hoch die Kosten bei einer Verlängerung von 2 Jahren wären. Herr Rutter antwortet, der Support sei der Gleiche, die Kosten lägen bei 240 € im Monat, auf 2 Jahre gerechnet also 5.760 €.

Frau Lehmayr sagt, sie habe den Medienentwicklungsplan erarbeitet.

Frau Müller-Vogel, fragt ab wann das Angebot umgesetzt werden könne, worauf Rutter antwortet, dies sei ab den Herbstferien 2021 möglich.

Beschluss

Die Arbeiten werden an die Firma The Cloud Networks Germany GmbH für die Angebotssumme in Höhe von 48.994,09 € vergeben.

- Einstimmig –

5. Vorstellung der Kriminalstatistik Herr Mackert Polizeirevier Neckargemünd

Herr Mackert (Leiter des Polizeireviers Neckargemünd) stellt dem Gemeinderat die Kriminalitätsentwicklung 2020 im Bereich des Polizeireviers Neckargemünd vor. Besonders auch die Entwicklung in Gaiberg.

Zunächst stellt er sich kurz vor und beginnt dann mit seinem Vortrag. Die verwendete Präsentation ist Anhang zum Protokoll. Insgesamt sind die Zahlen für Gaiberg gut. Der Landesschnitt liegt deutlich höher. Im Jahr 2020 gab es 13 Verkehrsunfälle weniger als im vorherigen Jahr. Ein Schwerpunkt liegt bei Straftaten. Leider ist hier die Aufklärungsquote schlecht, weshalb eventuell präventiv gearbeitet werden sollte. Ein weiterer Schwerpunkt sind die sogenannten Schockanrufe bzw. Betrug im Zusammenhang mit Telefongesprächen.

Mackert gibt einen Exkurs zu einem Fall. Eine 79-jährige Rentnerin aus Gaiberg wurde von einem vermeintlichen Rechtsanwalt angerufen. Ihre Tochter sei bei einem Unfall lebensbedrohlich verletzt worden und um eine Haftstrafe abzuwenden, solle sie eine Kaution in Höhe von 20.000 € an der Bushaltestelle gegenüber ihrer Wohnung an einen Boten übergeben.

Herr Dr. Mühleisen fragt, ob alle Schockanrufe gemeldet würden und ob es genaue Angaben gebe. Herr Mackert antwortet, es gebe keine genauen Angaben, nur Dunkelziffern. Die meisten Bürger schämten sich, einen solchen Vorfall zu melden.

Dr. Mühleisen fragt, wie der Sachstand bezüglich der aus Autos angesprochenen Kinder sei. Herr Mackert antwortet, es gebe keine Hinweise auf die Täter, Kinder sollten ihren Eltern Bescheid sagen, wenn sie angesprochen würden. Dr. Mühleisen fragt, ob ein Polizist eingeladen werden könnte, der über Präventionsmaßnahmen informiert.

Gemeinderat Volkmann fragt, wie die Täter genau auf ihre Zielgruppe für Schockanrufe stoßen würde. Herr Mackert erklärte, sie durchsuchten Telefonbücher nach älter klingenden Vornamen und rufen bei der ausgewählten Person an. Meistens bei älteren Damen und Herren, welche in den meisten Fällen im Glauben seien, dass der/die Enkel/in anruft daraufhin den Namen des Enkels sagten.

Gemeinderat Volkmann meint, er habe gehört man solle nicht zweimal das Auto abschließen, da beim zweiten Mal Diebe das Signal empfangen und so das Auto stehlen könnten. Mackert antwortet, das Signal könne schon beim ersten Mal empfangen werden, weshalb man immer überprüfen solle, ob das Auto wirklich zu sei.

6. Bundestagswahl

6.1 Bildung des Wahlbezirks

Kein Wahlbezirk sollte mehr als 2.500 Einwohner, d.h. rund 1.700 Wahlberechtigte, umfassen (§ 1 Abs. 1 LWO). Deshalb bilden Gemeinden mit nicht mehr als 2.500 Einwohnern in der Regel einen Wahlbezirk.

Beschluss

Die Gemeinde Gaiberg bildet bei der Bundestagswahl 2021 einen Wahlbezirk.

- Einstimmig -

6.2 Bestimmung des Wahlraumes

Der Bürgermeister bestimmt für jeden Wahlbezirk einen Wahlraum. Der Wahlraum sollte möglichst behindertengerecht zugänglich sein. Die Wahlräume sollen nach den örtlichen Verhältnissen so ausgewählt und eingerichtet werden, dass allen Wahlberechtigten, insbesondere behinderten und anderen Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen, die Teilnahme an der Wahl möglichst erleichtert wird.

Beschluss

Der Wahlraum befindet sich im Bürgerforum „Altes Schulhaus“ in Gaiberg.

- Einstimmig -

6.3 Bestimmung des Wahlvorstandes

Für jeden Wahlbezirk ist ein Wahlvorstand zu bilden, der nach § 9 Abs. 2 BWG aus dem Wahlvorsteher als Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und drei bis sieben Beisitzern, also fünf bis neun Mitgliedern besteht. Es wird von einem Dreischichtsystem auf ein zwei Schichtsystem umgestellt, so dass 4 Besitzer ausreichend sind.

Beschluss

Der Wahlvorstand wird wie folgt gebildet:

Wahlvorsteher: Frau Bürgermeisterin Müller-Vogel
stellv. Wahlvorsteher: Matthias Volkmann

1. Beisitzer: Uwe Müller
2. Beisitzer: Eric Schuh
3. Beisitzer: Dr. Martin Mühleisen
4. Beisitzer: Gisela Klingmann

- Einstimmig -

6.4 Bildung und Berufung des Briefwahlvorstandes

Der Kreiswahlleiter bestimmt die Anzahl der Briefwahlbezirke der Gemeinden. Der Kreiswahlleiter hat für Gaiberg die Bildung eines Briefwahlbezirks angeordnet.

Für jeden Briefwahlbezirk ist ein Wahlvorstand zu bilden, der analog nach § 9 Abs. 2 BWG aus dem Wahlvorsteher als Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und drei bis sieben Beisitzer, also fünf bis neun Mitgliedern besteht. Auf Grund der dynamischen Lage der Pandemie sollten hier mindestens 5 Beisitzer benannt werden.

Beschluss

Der Wahlvorstand wird wie folgt gebildet:

Briefwahlvorsteher: Boris Kick
stellv. Briefwahlvorsteher: Dr. Hans-Jürgen Hennrich

1. Beisitzer: Manfred Müller
2. Beisitzer: Dr. Alexia Arnold
3. Beisitzer: Jochen Wallenwein
4. Beisitzer: Karin Oehmig
5. Beisitzer: Wilma Rinhofer

- Einstimmig -

7. Bildung eines Ausschusses zum Radwegausbau Bammental - Gaiberg

Die Gemeinde Gaiberg plant gemeinsam mit der Gemeinde Bammental ein Radweg von Bammental nach Gaiberg. Um in Detailplanungen einsteigen zu können, soll von beiden Gremien ein Ausschuss gebildet werden. Der Ausschuss soll mit je einem Vertreter jeder Gruppierung im Gemeinderat besetzt werden.

Beschluss

Vertreter CDU: Matthias Volkmann

Vertreter Grüne Liste e. V.: Dr. Hans Jürgen Henrich

Vertreter Freie Wähler: Jochen Wallenwein

Vertreter SPD und Aktive Gaiberger: Dr. Martin Mühleisen

8. Mögliche Neupflanzung von zwei Bäumen in den Krautäckern

In den Krautäckern wurde auf Beschluss des Gemeinderates ein Baum gefällt. Danach wurde vom Bauhof versehentlich die Neupflanzung eines Apfeldorns durchgeführt, der Baum wurde aber umgesetzt, da der Beschluss des Gemeinderates war, dass keine Neupflanzung stattfinden soll.

Der Anwohner hat die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob es möglich wäre, dass auf beiden Seiten ein Apfeldorn gepflanzt wird. Der Apfeldorn wurde der Gemeinde von der Baumschule Ebert als Straßenbaum empfohlen. Er kommt gut mit Trockenheit klar und ist ein sehr langsam wachsender Straßenbaum. Das jährliche Wachstum wird mit 30-40 cm angegeben. Im Bereich der Bergstraße und beim Lindenplatz wurden kürzlich zwei dieser Bäume gepflanzt die vorab besichtigt werden konnten.

Gemeinderat Uwe Müller ist irritiert, warum der Punkt auf der Tagesordnung vorhanden wäre, da der Tagesordnungspunkt bereits bei einer vorherigen Sitzung besprochen worden sei.

Dr. Mühleisen ist der Auffassung, wenn der Baum das Schild verdecken würde, könne der Baum zurückgeschnitten werden.

Gemeinderätin Klingmann schlägt vor, nur ein Baum zu pflanzen, da so das Schild auf der anderen Straßenseite sichtbar bleiben würde.

Gemeinderat Kick sagt, die Pflanzung von den Bäumen werde zu einer Engstelle führen, sodass größere Fahrzeuge wie z. B. die Müllabfuhr oder Feuerwehr Probleme beim Durchkommen hätten.

Dr. Mühleisen fragt, ob der kurze Abschnitt von circa 20 Metern, in denen kein Verkehrsberuhigter Bereich besteht, ebenfalls als beruhigter Bereich ausgewiesen werden könne. Dafür müssten die Schilder in der Einmündung Blumenstraße und Krautäckern entfernt werden. Hauptamtsleiter Wenning verneint dies, da der vorhandene Gehweg den Verkehrsberuhigte Bereich verhindern würde.

Gemeinderat Uwe Müller schlägt vor, die Verwendung eines schmaleren Schildes für den Eingangsbereich des verkehrsberuhigten Bereiches. Ferner spricht er sich für die Anpflanzung einer Hecke auf der gerodeten Baumscheibe aus.

1. Beschluss

Der Gemeinderat entscheidet sich für eine Neubepflanzung mit Bäumen in den Krautäckern.

-12 Gegenstimmen -

2. Beschluss

Der Gemeinderat entscheidet sich für eine Heckenbepflanzung, als Ersatz für den gerodeten Baum. Der Baum auf der anderen Straßenseite bleibt stehen.

- Einstimmig -

9. Bauantrag auf Errichtung eines Einfamilienhauses auf dem Flst. Nr. 701, Bammentaler Str. 45

Vor Einstieg in den Tagesordnungspunkt 9 übergibt die Vorsitzende wegen Befangenheit an ihren Stellvertreter Volkmann und nimmt im Zuschauerraum Platz.

Das fragliche Grundstück liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Streitacker und Kleinfeld“.

Die Bauherren planen die Errichtung eines Einfamilienhauses auf einem relativ schmalen Grundstück. Daher wird der Baukörper auch relativ schmal. Im Bebauungsplan gibt es Festsetzungen bzgl. des max. Schnittpunktes der Außenwand mit der Sparrenoberkante (Kniestock). Diese beträgt bei einer Dachneigung (wie hier) von 30 Grad max. 3,70 m. Beantragt werden hier 5,66 m. Es entsteht hiermit, wie im Bebauungsplan auch möglich, ein Vollgeschoss im Dachgeschoss. Es gilt eine max. Firsthöhe von 9,5 m über dem Mittel des natürlichen Geländes. Das geplante Gebäude ist ca. 30 cm unter dieser Festsetzung. D.h. trotz Überschreitung der Seitenwand bleibt das Gebäude unter der max. festgesetzten Höhe des Bebauungsplanes.

Dr. Mühleisen meint, der Wunsch der Bauherren nach zusätzlichen Wohnraum sei verständlich, allerdings könne dieser auch im Keller entstehen und damit die Bestimmungen des Bebauungsplanes eingehalten werden.

Hauptamtsleiter Wenning antwortet, dass im Keller gemäß dem Bebauungsplan kein Vollgeschoss gebaut werden dürfe, allerdings selbstverständlich Räume für Wohnraum entstehen könne.

Gemeinderat Volkmann sagt, die Bauherren hätten sich weder mit der Verwaltung in Verbindung gesetzt, noch den Bebauungsplan angesehen.

Dr. Hennrich findet die Idee positiv, da durch Home-Office mehr Platz gebraucht werde.

Gemeinderat Volkmann sagt, es wäre den Bürgern „Am Kirchwald“ gegenüber nicht gerecht für den Bauantrag zu entscheiden, da es dort einen ähnlichen Fall gegeben habe, dem nicht zugestimmt worden sei.

Dr. Hennrich meint, in der Bammentaler Straße gebe es ebenso hohe Häuser. Wenn es verschiedene Höhen von Häusern gebe, werde es der Umgebung angepasst.

Dr. Hennrich sagt, es könne je sein, dass das Ändern eines Bebauungsplanes ein Aufwand sei, aber Familien bekämen immer mehr Kinder und benötigten somit mehr Platz.

Gemeinderat Schuh findet, die 2,70 Meter seien deutlich über den Angaben des Bebauungsplanes. Das Anliegen könne aber auch an den Technischen Ausschuss weitergeleitet werden.

Gemeinderat Kick schließt sich Gemeinderat Schuh an und meint ebenso, dass der diesem ähnlichen Antrag „Am Kirchwald“ auch abgelehnt worden sei.

Hauptamtsleiter Wenning sagt, er habe Zeitdruck, die Bauherren würden warten. Der Technische Ausschuss könne auch nichts Anderes sagen.

Beschluss

Das Einvernehmen gem. § 6 BauGB zum Bauantrag auf Errichtung eines Einfamilienhauses auf dem Flst. Nr. 701, Bammentaler Str. 21 wird erteilt.

- 9 Gegenstimmen, 1 Ja-Stimme (Gemeinderat Dr. Hennrich),
1 Enthaltung (Gemeinderätin Klingmann) -

10. Satzung der Bücherei Gaiberg

Im Rahmen der Gemeinderatssitzung vom 24. Februar dieses Jahres wurden die Gebühren der Bücherei von Seiten des Gemeinderats neu festgelegt. Im Rahmen der Einarbeitung dieser wurde seitens der Verwaltung festgestellt, dass die Rechtsgrundlagen der Bücherei nur rudimentär festgeschrieben sind. Daher wurde nun von der Leitung eine neue und komplette Satzung für die Bücherei erarbeitet.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Satzung der Bücherei.

11. Bekanntgaben der Verwaltung

- Es gibt wieder neue Termine für den Papiercontainer, diese sind auf der Homepage veröffentlicht.
- Es gibt nochmals ein Impfangebot durch ein Mobiles Impfteam des Rhein-Neckar-Kreises. Der erste Termin findet am 19. Juli, der zweite am 30. August statt. Es stehen insgesamt 150 Impfdosen von Moderna zur Verfügung.
- Am vergangenen Wochenende fand eine Impfaktion von der Praxis Dr. Klehr statt, es wurden insgesamt 115 Personen mit Johnson & Johnson geimpft.
- Bezüglich des Wasserschadens der Gewerbeeinheit in der neuen Ortsmitte wurden vor zwei Wochen punktuelle Bohrungen im Boden durchgeführt. Jetzt sind wieder Trocknungsgeräte im Einsatz. Nach Abschluss der Trocknung kann abschließend geklärt werden, ob der Boden Schaden genommen hat.
- Für das gemeindeeigene Gebäude Hauptstraße 19 wurde ein Angebot für die Erneuerung der Hausanschlussleitungen gemacht. Leider ging das Angebot erst nach der Erstellung der Sitzungsunterlagen ein. Die Firma Grötz wird aber bald mit dem Bauabschnitt 1d beginnen, was bedeutet, dass die Gemeinde sich entscheiden muss ob vor der Juli Sitzung bereits der Auftrag vergeben werden darf. Der offizielle Beschluss kann dann in der Juli Sitzung gefasst werden.
- Am 8. Juli findet mit Herrn Reinhard und Herrn Robens eine Waldbegehung statt. Alle Bürgerinnen und Bürger sind dazu herzlich eingeladen.

12. Fragen und Anträge der Gemeinderäte

Gemeinderat Wallenwein stellt fest, dass sich auf der Umleitungsstrecke Hauptstraße/ Panoramastraße mehrere Straßenschäden befinden würden.

Er erkundigt sich, ob dies bekannt sei und bittet um Verbesserung.

Er fragt zudem, ob während der Arbeiten in der Ortsmitte Verbesserungen an der Fußbodenheizung gemacht würden, was die Vorsitzende bejaht.

Bei der Ringleitung zwischen dem Sägewerk und Penny sei Wallenwein aufgefallen, dass der Hydrant am Sägewerk mitten in der Einfahrt stehe. Laut dem Plan hätte der Hydrant an der Seite der Einfahrt errichtet werden sollen.

Hauptamtsleiter Wenning antwortet, dass dies wegen den

Holzstämmen und dem Container auf dem Grundstück nicht möglich sei.

Gemeinderat Kick sagt, wenn es im Sägewerk brenne, käme die Feuerwehr durch den Hydranten nicht auf das Grundstück.

Gemeinderat Wallenwein meint, die Gremien könnten dies im Nachhinein schlecht ändern, es sei denn, die Einfahrt werde versetzt.

13. Verschiedenes

Kein Bedarf.

Die Vorsitzende beendet die Sitzung um 20.40 Uhr.

Die Vorsitzende

Die Urkundspersonen

Die Schriftführerin

Petra Müller-Vogel
Bürgermeisterin

Celina Keßler
Angestellte